

## **Berner Zeitung vom 12.11.2011, Seite 012**

Thuner Tagblatt

kanton bern

### **Der Kanton verteilt das Geld breiter**

**Jugendarbeit Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird künftig im Kanton Bern über die Anzahl Jugendliche abgegolten. Die meisten Gemeinden profitieren, einige müssen zurückstecken.**

Städte begannen schon früh, Angebote für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schule bereitzustellen. Ländliche Gemeinden zogen in den letzten Jahren nach. Das Angebot habe stark zugenommen, stellte gestern Regierungsrat Philippe Perrenoud (SP) vor den Medien fest. Die finanzielle Unterstützung sei historisch bedingt aber sehr ungleich. Nun präsentierte er, wie das Geld ab 2013 verteilt wird: «Es war uns sehr wichtig, dass die eingesetzten Mittel nachvollziehbarer und gerechter verteilt werden», sagte er. Nicht mehr die Anzahl Einwohner eines Einzugsgebiets ist entscheidend, sondern die Anzahl Kinder und Jugendliche. «Die Gelder sollen schwergewichtig dort zum Einsatz kommen, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, nämlich in ihren Wohngemeinden», begründete Perrenoud. Damit Angebote unterstützt werden, müssen sie für ein Einzugsgebiet mit mindestens 2000 Kindern und Jugendlichen bereitgestellt werden.

Protest aus der Stadt Bern

Die Neuerung bringt den meisten Gemeinden eine finanzielle Entlastung (bis zu 84 Prozent mehr Mittel), für einige bedeutet es aber auch «herausfordernde Veränderungen» (bis zu 38 Prozent weniger Unterstützung), wie es Jonathan Gimmel, Präsident des Verbands offene Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern (Voja), ausdrückte. Im Frühjahr provozierte dies Protest vor allem aus der Stadt Bern, die einen Kahlschlag befürchtete. Mit einer Petition wehrten sich Politiker und Betroffene gegen die Umverteilung.

Auswirkungen abgemildert

Der Kanton hat nun reagiert: Er anerkennt die sozialen Lasten der Zentren, indem er den Soziallastenindex anpasste. Bern und Biel erhalten eine zusätzliche Abgeltung. Zudem finanziert er Angebote von regionaler Bedeutung direkt. Darunter fallen beispielsweise die Gesundheitsförderung, die Suchthilfe, der Leistungsvertrag mit dem Dachverband Voja, die Fachstelle Spielraum oder das Jugendzentrum Gaskessel in der Stadt Bern. Statt einer kostenneutralen Umverteilung resultiert deswegen eine Erhöhung der Auslagen von 15 auf 16 Millionen Franken. Die Angebote der Gemeinden werden über den Lastenausgleich Sozialhilfe finanziert. Sie zahlen also indirekt mit.

Qualität sichern

Neben der finanziellen Seite ging es sowohl dem Sozialamt wie dem Dachverband Voja darum, die Angebote sauber einzubinden. Die Rahmenbedingungen sind künftig Teil der revidierten Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (Asiv), die 2012 in Kraft tritt.

Darin sind auch die Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung geregelt. Laut Jonathan Gimmel nimmt der Kanton Bern in diesem Bereich eine Vorreiterrolle ein. In der Asiv seien nun auch Qualitätsstandards festgeschrieben. Perrenoud hob den Wert von «niederschweligen Angeboten» in den Gemeinden hervor. Er betonte: «Aus sozialpolitischer Sicht ist die Kinder- und Jugendarbeit so-wohl unter dem Aspekt der Bekämpfung von Armut als auch unter dem Gesichtspunkt einer ganzheitlichen Familienpolitik zentral.»

Christoph Aebischer

Christoph Aebischer

(c) Berner Zeitung AG

696835, BERN, 12.11.2011, Words: 428, NO: 20111112tt012296321323